

Blus den Tannen

Amtsblatt für
Allgemeines Anzeige-

Von der



Altensteig, Stadt.
und Unterhaltungsblatt
oberen Nagold.

Ar. 148.

Erscheint wöchentl. 3mal: Dienstag, Donner-
tag und Samstag und kostet in Altensteig 90 S
im Bezirk 85 S, außerhalb 1 M das Quartal.

Dienstag den 18. Dezbr.

Einrückungspreis der 1spalt. Zeile für Altensteig
und nahe Umgebung bei 1mal. Einrückung 8 S
bei mehrmaliger je 6 S, auswärts je 8 S.

1888.

Gestorben: Dr. med. Wagner, prakt. Arzt in Wild-
bad, † in Berlin; Th. Klaber, Postexpeditor, Schelllingen;
Friedr. Hezel, Stuttgart-Ludwigsburg; Jakob Hartmann,
Privatier, Stuttgart-Ludwigsburg.

Das Genossenschaftsgesetz.

Mit den Fortschritten der Technik und des Verkehrs nimmt auch das Geschäftsleben immer neue Formen an, für welche dann die bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht mehr recht passen und sich in vielen Fällen als Hemmschuh erweisen. So hat auch der dem Reichstage zugegangene Entwurf eines neuen Genossenschaftsgesetzes den Zweck, sich der Entwicklung anzupassen, welche das von Schulze-Delitzsch begründete Genossenschaftswesen in Deutschland angenommen hat. Hatte der Begründer gehofft, durch die bezeichneten Vereinigungen die soziale Frage ihrer Lösung näherzubringen und hat sich diese seine Hoffnung auch nicht erfüllt, so bestehen doch die Genossenschaften fort und sind ein sehr beachtenswerter Faktor im Erwerbs- und Wirtschaftsleben der Nation geworden.

Die Genossenschaften sind auf die Selbsthilfe begründet und bedürfen meist des Kredits. Um diesen zu erlangen und zu begründen, stehen die Mitglieder für das Genossenschaftsrisiko mit ein. Da nun aber erfahrungsgemäß diese Mitglieder zu den wirtschaftlich Schwachen gehören, so zieht der Zusammenbruch einer Genossenschaft oft sehr weite Kreise und reizt zahlreiche sozial minder gut gestellte Existenzen mit in den Strudel hinein. Der neue Gesetzentwurf will deshalb auch Genossenschaften mit beschränkter Haftbarkeit (neben den jetzt bestehenden mit Solidarhaft) zulassen. In den meisten europäischen Ländern bestehen beide Arten von Genossenschaften neben einander und der Entwurf kommt zahlreichen Wünschen aus Genossenschaftskreisen entgegen. Die Sache würde sich künftig so gestalten, daß Genossenschaften, welche starken Kredit beanspruchen müssen, auch in Zukunft an der unbeschränkten Solidarbürgschaft festhalten, während andere wieder (wie die Konsumvereine), welche wenig oder vielleicht gar keinen Kredit in Anspruch zu nehmen brauchen, die beschränkte Haftbarkeit ihrer Mitglieder einführen. Durch die letztere würde sich so mancher, der heute aus Vorsicht von der Genossenschaft fernbleibt, sich zur Mitgliedschaft veranlaßt fühlen.

Ein zweiter wichtiger Punkt des neuen Entwurfs ist die weitere Einschränkung des sogenannten „Einzelangriffs“. In den ersten zwei Jahrzehnten des Bestandes der Genossenschaften, als noch kein besonderes Gesetz für diese Vereinigungsart bestand, konnte sich der Gläubiger, wenn die Genossenschaft ihn nicht befriedigte, denjenigen unter den Genossenschaftlern herausgreifen, der am zahlungskräftigsten erschien. Gegenwärtig kam dieser „Einzelangriff“ nur noch erfolgen, wenn sich eine Genossenschaft im Konkurs befindet. Der neue Entwurf will hier noch eine weitere Einschränkung eintreten lassen, indem er den Einzelangriff nur nach Erschöpfung des Umlageverfahrens für zulässig erklärt. Einige hervorragende Juristen, darunter Prof. L. Goldschmidt, wollen den Einzelangriff überhaupt abschaffen. Der Reichstag wird darüber entscheiden.

Einen wichtigen und schwierigen Punkt des neuen Entwurfs bildet ferner die regelmäßige Revision der genossenschaftlichen Geschäftsführung. Der ursprüngliche Gedanke war, damit Staatsbeamte zu betrauen; die Genossenschaften selbst hatten infolge von Unfällen und

der damit verbundenen Verluste bei manchen Genossenschaften das Bedürfnis nach Prüfung der Geschäftsgebarung und der Kassen durch sachverständige und unparteiische Personen empfunden. Es bildeten sich nun Verbände zu diesem Zwecke, denen aber nicht alle Genossenschaften beitraten. Auch gegen die letzteren will nun der Entwurf den Revisionszwang richten. Ganz wie im Aktiengesetz Vorschriften zum Schutz der Aktionäre, der Gläubiger und des gesamten wirtschaftlichen Lebens gegeben sind, so soll auch das Genossenschaftsgesetz solche sichernden Vorschriften enthalten. Nur über die Form wird noch gestritten werden. Nach dem Entwurf „kann“ das Recht, den Revisor zu bestellen, den Genossenschaftsverbänden erteilt werden, eine Verfassung soll aber dann stattfinden, wenn die Annahme begründet ist, daß der Verband der Pflicht der Revision nicht genügen werde.“ Die Reichsregierung wird noch genauere Auskünfte erteilen müssen, welche Gründe sie für diesen Vorbehalt hat, für den ein öffentliches Bedürfnis nicht vorzuliegen scheint.

Auf sorgfältige Prüfung aller Parteien des Reichstages hat der neue Entwurf ganz sicher zu rechnen.

Tages-Politik.

Nach einer Hamburger Meldung der Frankf. Ztg. treffen die Marinebehörden in Kiel und Wilhelmshaven Vorbereitungen, um in kürzester Weise eine Freiwilligentruppe für Afrika mit Repetiergewehr und kleinen gezogenen Geschützen auszurüsten. Es verlautet, die betreffende Truppe solle nicht aus deutschen Militärs, sondern aus solchen Söldnern anderer Länder angeworben werden, welche fähig seien, dem afrikanischen Klima zu trotzen.

Der Reichstag ist unmittelbar nach der Kolonialdebatte in die Weihnachtsferien gegangen und hat seine Sitzungen bis zum 9. Januar vertagt.

Die Panama-Gesellschaft soll ihre vorläufige Zahlungseinstellung beschlossen haben. Die französ. Regierung bereitet, wie es heißt, einen Gesetzentwurf vor, nach welchem es der Gesellschaft gestattet sein soll, ihre Zahlungen um drei Monate zu verschieben. Um den Panamakanal zu vollenden, bedarf es heute noch 300 bis 1000 Millionen Frank. Jede Störung in der Fortführung droht bei der Art der angefangenen Arbeiten und dem Zerstörenden der tropischen Naturkräfte, auch das bis jetzt Geschaffene zu vernichten. Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt zu dem „Panamatrag“: „Das Beste wäre sicher, wenn, nach Liquidierung des Lesseps'schen Unternehmens, alle Staaten der Welt, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, die Beendigung des großen Werkes übernehmen würden. Dazu ist aber leider wenig oder gar keine Aussicht.“ — Der alte Lesseps und seine Kollegen in der Verwaltung des Panama-Unternehmens haben ihre Entlassung gegeben. Das Gericht hat Liquidatoren bestellt.

Der „Standard“ überrascht die Welt mit einer Nachricht über das Schicksal Emin Paschas. Wie das genannte Blatt erfahren haben will, hätte nämlich Osman Digma (der Feldherr des Mahdi im Sudan) ein Schreiben an den englischen Höchstkommandierenden in Suakin gerichtet, des Inhalts, daß Emin Pascha samt einem weißen Reisenden, der mutmaßlich Stanley sei, nach tapferer Verteidigung von seinen meuterischen Truppen den Mahdisten ausgeliefert worden wäre. Osman Digma hat an-

geblich seine Angaben mit Beweisen belegt. (Der Vordschahmeister hat am Freitag im Unterhause die Richtigkeit der „Standard“-Meldung zugegeben, doch ist es immer noch fraglich, ob Osman Digma die Wahrheit geschrieben oder ob er die Nachricht erfunden, um die Engländer in Suakin zu entmutigen und zur Uebergabe des Ortes zu veranlassen.)

Ueber eine russenfreundliche Strömung unter türkischen Würdenträgern wird der „Köln. Ztg.“ aus Konstantinopel berichtet. Danach habe der russische Großfürst Sergei während seiner Anwesenheit in Konstantinopel auch eine Unterredung mit Osman Pascha, dem Generaladjutanten und Palastmarschall des Sultans, gehabt; „derselbe geberdete sich bei dieser Gelegenheit als begeisterter Ruffreund und entschiedener Gegner des deutschen Einflusses; seiner Ansicht nach könne die Türkei nur bei Rußland einen ehrlichen Rückhalt finden. Ähnlich sprach sich auch Mukhtar Pascha in Kairo aus.“ — Letzterer ist der Vertreter der Pforte in Ägypten.

Deutscher Reichstag.

In der Dienstagssitzung stand zunächst der Gesetzentwurf betr. die Vorarbeiten für ein Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I. auf der Tagesordnung. Staatssekretär v. Bötticher gab dazu eine kurze Darlegung der in dieser Angelegenheit bisher gethanen Schritte. Eine von der Reichsregierung aus allen Teilen des Reiches zusammenberufene Sachverständigen-Kommission habe sich über die großen leitenden Gesichtspunkte, die für die Errichtung des Denkmals maßgebend sein sollen, schlüssig gemacht. Unter den verschiedenen Plätzen, welche danach in Betracht kommen konnten, hätten die Herren mit Majorität beziehungsweise einstimmig folgende Plätze als besonders geeignet bezeichnet: 1) den Platz zwischen dem Schloß und Lustgarten auf der östlichen Seite des Lustgartens derart, daß das Denkmal der Schloßbrücke zugewendet würde. Dieser Plan würde eine Verbreiterung der Schloßbrücke zur Voraussetzung haben; 2) die Schloßfreiheit unter Beseitigung der Häuserreihe am rechten Spreerfer; 3) den Opernplatz; 4) den Pariser Platz; 5) den Strahenteil zwischen Brandenburger Thor und Siegesallee; und endlich 7) den Königsplatz ohne Berührung des Siegesdenkmals. Es sollen zunächst Preise im Gesamtbetrag von 100 000 Mark für die besten Entwürfe ausgesetzt werden. Für letztere sind neun Monate in Aussicht genommen, so daß also in der nächsten ordentlichen Session dem Reichstage nähere Vorschläge über die Ausführung des Planes gemacht werden können. Nachdem Abg. Roemer einige Wünsche bezüglich der Konkurrenzausschreiben geltend gemacht hatte, wurde der betreffende Gesetzentwurf in erster Lesung einstimmig, in zweiter Lesung ohne Debatte mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Bei der folgenden Beratung des Zusatzvertrages zum Handelsvertrage mit der Schweiz bemängelte Abg. Lucius, daß in dem Vertrage die Interessen der Gärtnerei nicht gebührend berücksichtigt worden seien. Abg. Trimborn beschwerte sich über die Herabsetzung des Seidenzolles von 800 auf 600 Mt. für den Doppelzentner und wünschte Verweisung der Vorlage an eine Bierzehner-Kommission. Demgegenüber bemerkte der Staatssekretär v. Bötticher, daß die Herabsetzung des Seidenzolles die Grundbedingung des Vertrages sei, der ohne eine solche nicht zum Abschluß gelangen würde.

Nachdem noch Abg. Brömel den Vertrag kritisiert, aber wegen der drängenden Zeit von einer Kommissionsberatung absehen zu wollen erklärt hatte, wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen.

Am Mittwoch trat der Reichstag in die erste Beratung der Anträge der Abgg. Hitze, Haberland und Gen. und Ackermann und Gen. betr. die Einführung des Befähigungsnachweises. Abg. Wegner schilderte die Gefahren, welche aus dem gegenwärtigen Gewährenlassen dem selbständigen Handwerk erwachsen. Nicht alle Schäden könne die Gesetzgebung beseitigen, aber sie müsse da eintreten, wo es gelte, Fehler zu verbessern. Der größte Fehler dieses Jahrhunderts war die Einführung der unbeschränkten Gewerbefreiheit. Da die Regierung den begangenen Fehler nicht einsehen wolle, müsse die Volkvertretung die Initiative ergreifen. Dem Antrage sei die Sympathie aller Handwerker sicher. Sie fordern den Befähigungsnachweis zum Schutze gegen ihre Ausbeutung und als Gewährleistung einer besseren Ausbildung. Die Errichtung von Fachschulen habe sich als wirkungslos erwiesen. Das Haus möge für den Antrag stimmen, es handle sich um eine nationale Sache. Abg. Ackermann stützte sich auf die wiederholte Begründung, die der Antrag durch ihn bereits erfahren. Um eine „Demonstration“ handle es sich hierbei nicht, denn man knüpfe lediglich an einen Beschluß des Hauses an, den der Bundesrat freilich nicht angenommen hat. Die Abgg. Duvigneau und Schmidt-Elberfeld bekämpften den Antrag im allgemeinen; der erstere wies darauf hin, daß die National-liberalen den Prüfungszwang für die Baugewerbe stets als erwägungswert betrachtet haben, daß sie im allgemeinen aber den Befähigungsnachweis als ein geeignetes Mittel zur Hebung des Handwerks nicht zu betrachten vermögen. Der Sozialdemokrat Frohne sprach heftig gegen das ganze heutige Innungswesen, das nicht aus einer organischen Entwicklung, sondern lediglich aus einem Gemisch von Hochmut, Konkurrenzneid und Mangel an Selbstvertrauen hervorgegangen sei. Abg. Lohren erklärte mit wenigen Worten den ablehnenden Standpunkt der Freikonfessionen und kündigte für die zweite Lesung die Wiedereinbringung seines Antrages an. Zum Schluß sprach Abg. v. Kleist-Regow lebhaft für den Antrag und gegen das Manchesterium. Er hat, dem Handwerkerstande, der wie kein anderer Stand leide, zu helfen. Eine Verweisung der Anträge an eine Kommission haben die Antragsteller diesmal nicht beantragt, sie werden also im Plenum weiter beraten werden.

Landesnachrichten.

* G h a u s e n, 16. Dez. (Korresp.) Als Bewerber um die hiesige Ortsvorsteherstelle haben sich bis heute zwei Kandidaten: Hr. Notariats- und Verwaltungskandidat Kas aus Hall und Hr. Notariatskandidat David Dengler der Wählererschaft präsentiert. Vorigen Sonntag sprach Hr. Kay. Sein Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen, umso mehr, als er sich als tüchtiger Beamter überall der besten Zeugnisse zu erfreuen hatte. Heute redete Herr Dengler vor einer äußerst zahlreich versammelten Wählerschaft über die Grundzüge, die ihn, falls ihm die hiesige Gemeinde ihr Vertrauen schenken würde, als Ortsvorsteher leiten würden. Das bescheidene, taktvolle Auftreten, der lichte, eingehende Vortrag, die durchaus günstigen Zeugnisse des Kandidaten befriedigten allgemein, so daß wohl mit Sicherheit angenommen werden darf, Herrn Dengler aus der Wahlurne als Sieger hervorgehen sehen zu dürfen.

* (Landtagskandidaturen.) In G h i n g e n wird Staatsminister v. Schmid als Kandidat für die Landtagswahl aufgestellt, nachdem der seitherige Abgeordnete Prof. Dr. v. Bagnato aus Rücksichten auf sein Lehramt auf fernere Bewerbung um die Abgeordnetenstelle verzichtet hat. Herr v. Schmid ist bekanntlich im Bezirk, in Munderkingen, geboren. — In Heilbronn ist von einer Wahlversammlung des Landbezirks der Gemeinderat Wagner von Großgartach als Kandidat zur Abgeordnetenkommission aufgestellt worden. Erwähnenswert aus dieser Versammlung ist die Erörterung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher durch Schultheiß Schott von Großgartach und Schultheiß Reichert. Beide sprachen für die Abschaffung der Lebens-

länglichkeit, resp. für Einschränkungen. — In Alen kandidiert auch diesmal Oberamtmann Wittich von Rotenburg. — In Sulz a. N. kandidiert Dekonomierat Schöffer in Kirchberg und der seitherige Abgeordnete Hopf. — In Niedlingen kandidiert neben dem bisherigen Abgeordneten Hartmann Landrichter Gröber in Heilbronn. — In Wiberach kandidiert Bankdirektor Probst aus Stuttgart wieder. — In Herrenberg taucht ein Kunstmüller Steugle daselbst als zweiter Kandidat auf. — In Tuttlingen wird nur der seitherige Abgeordnete Schünger kandidieren. — In Rottweil ebenfalls der bisherige Abgeordnete Josef Sauer, Dekonom. — Im Bezirk Wangen wird dem sehr verdienten Abgeordneten Schultheiß Dentler ein Gegenkandidat in der Person des Fabrikanten Gasser zur Neumühle gegenübergestellt werden. In Gmünd kandidiert der seith. Abgeordnete Rektor Dr. Klaus wieder. — In Tettengau wird Kaufmann Buehle daselbst aufgestellt. — Für Mergentheim wird auch diesmal wieder Ministerpräsident Dr. v. Mittnacht als Kandidat aufgestellt werden. — In Reutlingen Amt soll dem seitherigen Landtagsabgeordneten Wendler von Gomaringen Kunstgärtner Wilhelm Kall sen. gegenübergestellt werden. — In Waiblingen tritt neben dem seitherigen Abg. Weishaar auch Oberamts-Plieger Simon auf. — Im Heilbronner Amt tritt Gemeinderat Härle wieder auf. — In Gaildorf wird für den erkrankten Oberamtsplieger Haaf Oberregierungsrat Volkshammer kandidieren. — In Nürtingen tritt für den seitherigen Abgeord. Stadtschulth. Schmid, der geschäftlich verhindert sei, Oberregierungsrat Kiebert auf. — Für Reutlingen hat der bisherige Abgeordnete Eggmann sich zur Wiederannahme des Mandats bereit erklärt. — In Stuttgart wird von der Deutschen Partei der Obmann des Bürgerausschusses Gustav Stälin und von der Arbeiterpartei Karl Glöb aufgestellt werden. Ob der bisherige Abg. Karl Tafel wieder auftritt, ist bis jetzt unbekannt. — Von Gaildorf aus soll der Herr Minister des Inneren v. Schmid um Annahme eines Mandats angegangen worden sein, aber abgelehnt haben. Sehr erklärlich, da er doch bereits dem Bezirk G h i n g e n Zusage gemacht hat. — In Ulm Stadt und Land werden die bisherigen Abgg. Rechtsanwalt Ebner von Ulm und Stadtschultheiß Haug in Langenau, sowie in Crailsheim Stadtschultheiß Sachs und in Neresheim Oberamtsbaumeister Vogler wiedergewählt werden.

* Heilbronn, 15. Dez. Die „N.-Ztg.“ veröffentlicht eine von den Mitgliedern des Heilbronner Gemeinderats unterzeichnete Kundgebung wegen der am Montag in Gegenwart des kgl. Reg.-Direktors v. Rüdinger abgehaltenen außerordentlichen Sitzung und erklären, daß, nachdem in letzterer eine Diskussion seitens des Reg.-Direktors abgelehnt worden sei, sie nur auf diesem Wege der von ihnen allen gehegten Ueberzeugung Ausdruck geben können, daß die von Herrn Oberbürgermeister Hegelmaier gemachten Zugeständnisse unter den obwaltenden Umständen keine Befriedigung gewähren können und nicht ausreichend sind, um das so tief erschütterte gute Einvernehmen zwischen Stadt Vorstand und Gemeinderat wiederherzustellen.

* (Verschiedenes.) In Alen stach sich ein 10jähriger Schüler der evang. Knabenschule während der Unterrichtszeit selbst ein Auge aus. Er entriß seinem Nebenstörer ein offenes, zum Griffelspitzen benutztes Messer und stieß sich daselbe in der Hast ins linke Auge, welches sofort auslief. — In Rottweil stürzte sich die schon seit längerer Zeit an Verfolgungswahnsinn leidende Polizeibienerswitwe Therese Burkhardt vom oberen Stocke des dortigen Krankenhauses auf die Straße herab und verschied nach Empfang der Sterbsakramente. — In Freudenbach O. Mergentheim verbrannte sich ein Kind derart mit heißem Kaffee, daß es starb. — Eine Hochzeitsgesellschaft in Bothnung befand sich kürzlich in einer etwas sehr animierten Situation. Die Musik verlor die Maßgeige, spätere Gäste stießen auf dieselbe und ihr Gebrumm ließ in ihr einen Bären vermuten, der zufälliger Weise am gleichen Tage im Orte von einem Führer gezeigt wurde. Mit Flinten und Hengabeln wurde das dunkle dicke Objekt bestürmt, bis sich die Verwechslung auflöste.

* Frankfurt a. M., 14. Dez. Nach einem

gestern hier gehaltenen Vortrag des Pfarrers Faulhaber aus Schwäbisch-Hall über ein im Auftrag des evangelischen Bundes dort zu errichtendes evangelisches Diakonissenhaus wurden von verschiedenen Seiten für letzteres 12000 M. zur Verfügung gestellt.

* Berlin, 14. Dez. Eine neue Erscheinung auf dem Gebiete des Ortskrankenkassenwesens, welche voraussichtlich in weiteren Kreisen Nachahmung finden dürfte, teilt die Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ mit. Danach ist am 11. Oktober zwischen den Ortskrankenkassen Leipzig, Dresden und Chemnitz ein Vertrag über wechselseitige Aushilfe bei Gewährung von Krankenunterstützung abgeschlossen worden. Es verpflichten sich die drei Kassen, erkrankten Mitgliedern, wenn sie sich während der Dauer der Erkrankung anstatt in dem Bezirk der zuständigen Kasse in dem Bezirk einer der beiden anderen Kassen aufhalten, für Rechnung der zuständigen Kasse das diesen Mitgliedern gebührende Krankengeld auszusahlen, für dieselben Arzt und Apotheke zu stellen und die Kontrolle derselben ebenso zu übernehmen, als wenn die betreffenden Mitglieder ihrer eigenen Kasse wären. Die Rechtsansprüche der erkrankten Mitglieder an ihre zuständige Kasse gehen durch diese Vereinbarungen nicht auf die auszahlende und kontrollierende Kasse über, sondern es bleibt die zuständige Kasse nach allen Richtungen hin ebenso verantwortlich, als wenn das Mitglied sich in deren Bezirk aufhielte. In allen gemeinsamen Interessen sichern die vertragschließenden Ortskrankenkassen sich ferner gegenseitiges Entgegenkommen zu und erklären ihr Einverständnis, den übrigen sächsischen Ortskrankenkassen und, wo diese nicht existieren, den Gemeindeversicherungen den Beitritt zu diesem Vertrag zu gestatten.

Berlin. Auf die Uebersetzung der neuen 4proz. russischen Anleihe von 125 Mill. Rubel Gold oder 500 Mill. Francs thut man sich hier viel zu gut. Schon seit einigen Tagen sind bedeutende Beträge an russischen Obligationen von Berlin nach Paris abgeschoben worden, und die neue Anleihe stellt sich als eine günstige Gelegenheit für die deutschen Gläubiger heraus, sich eines großen Teils ihres Besitzes an russischen Staatspapieren, welche die englischen Sparer abgestoßen hatten, zu entäußern. Die Anleihe ist nämlich bestimmt zum Rückkauf der noch im Verkehr befindlichen Obligationen der 5proz. ausländischen Anleihe vom Jahre 1877 im Nominalbetrage von 26314090 M., und ebenso, um der Reichsrentei die Mittel zu schaffen, welche nötig sind, um mit der Reichsbank über die anlässlich des Krieges von 1877 bis 1878 zeitweilig und provisorisch in Umlauf gesetzten Kreditbilletts abzurechnen. Letzterer Zweck wird kaum erreicht werden, wenn die deutschen Gläubiger von dem Angebote des Rückkaufs Gebrauch machen.

Berlin, 15. Dezbr. An der ostafrikanischen Küste in Kilwa und Lindi sollen große Streitkräfte Eingeborener gegen die Deutschen geschaart sein.

* Neumünster, 14. Dez. Bei dem Brande der Halbedschen Tuchfabrik sind 13 Personen umgekommen und 9 schwer verwundet.

* Plauen i. B. Der vormalige Restaurateur Malz aus Unterhainisdorf, welcher durch seinen Leichtsinne den Ausbruch einer Trichinenepidemie verursacht hat, von welcher zahlreiche Ortschaften in der Gegend von Reichenbach i. B. Ende v. J. heimgesucht wurden, hatte sich kürzlich wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung, sowie wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Der Angeklagte hat durch den Verkauf trichinenhaltiger Knackwürst den Tod von 27 Personen verursacht. Etwa 100 Erkrankte sind wieder genesen, Malz ist selbst 26 Wochen krank gewesen und hat während seiner Krankheit neben seiner Frau, welche am Kindbettfieber starb, auch sein Vermögen verloren, so daß er jetzt gezwungen ist, seinen Lebensunterhalt als Handarbeiter zu verdienen. Trotz dieser harten Schicksalschläge konnte aber der Gerichtshof nicht umhin, eine Gefängnisstrafe von 15 Monaten über den Angeklagten zu verhängen.

* Gießen, 13. Dez. Ein trostloses Bild von Familienjammer entrollte die gestrige Schwurgerichtsverhandlung gegen die Heinrich

Hölzinger VIII. Witwe von Mittelgründau. Sie hat ihren Mann erschlagen, weil ihr 15-jähriges Eheleben eine Kette entsetzlicher Qualen war, weil ihr Mann, der sich dem Trunke ergeben, sie, ihre Mutter und ihre fünf Kinder in der rohesten Weise mißhandelte, grundsätzlich nicht mehr arbeitete und sich von seiner Frau ernähren ließ. Oft genug hat die Familie im Gänsestallchen übernachten müssen, weil sich niemand in die Nähe des betrunkenen Menschen wagte. Eines Abends im Spätsommer kam er nach Hause und verlangte von seiner Frau 1 Mark, die sie ihm nicht geben konnte oder wollte. Er drohte: ich schneide dir die Kehle ab, wenn du das Geld nicht hergiebst; und sie erwiderte: ich will dir's weisen! — ergriff ein Beil und ver-setzte damit dem Manne vier derbe Schläge auf den Hinterkopf, so daß der Getroffene mit schmerzlichem Aufschrei zusammenbrach und unmittelbar darauf den Geist aufgab. Die Hölzinger wurde zu 2 Jahren 3 Mon. Gefängnis verurteilt und die Strafe darum so niedrig bemessen, weil man es hier offenbar mit einer durch Jahre lang fortgesetzte Mißhandlung und Beschimpfung allmählich zur Reife gebrachten Verzweiflungsthat zu thun hatte.

* Danzig, 12. Dez. Die achtzehnjährige Tochter eines Besitzers im Dorfe N. im Kreise Heudekrug hat, um zu einer ersehnten Heirat ein lästiges „Ausgedinge“ loszuwerden, nach einander ihre Großmutter und darauf ihren Vater mit Arsenik vergiftet. Durch den Vater eines Dienstmädchens, das zur Mithilfe gezwungen gewesen sein soll und ein gleiches Schicksal befürchtete, ist, der „Danz. Zig.“ zufolge, die That zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft gelangt. Die Verdächtige entfloh, ehe man sie verhaften konnte.

* Wien, 13. Dezbr. Die in Mödling bestehende, vielfach angefeindete Schuhfabrik eröffnete gestern in Krakau eine Filiale. Die dortigen Schuhmacher verlangten alsbald die Schließ-

ung der Filiale. Als der Bürgermeister dies verweigerte, zerstörten ungefähr 500 Schuhmachergehilfen das Verkaufslokal, vernichteten die Vorräte und mißhandelten die Verkäufer. Die Polizei stellte die Ruhe her und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

* Paris, 12. Dez. Einer Mitteilung des „Siècle“ zufolge soll das Haus Dollfus in Mühlhausen i. G. „infolge der Plakereien der deutschen Behörden“ sich entschlossen haben, die Fabriken nach Belfort zu verlegen, und zwar solle bis zum 1. Oktober 1889 die Ueberfiedelung vollendet sein.

* Paris, 15. Dez. Die Kammer lehnte die Panamavorlage, welche den Zusammenbruch der Panamagesellschaft verhindern sollte, mit 262 gegen 188 Stimmen ab. Sämtliche Pariser Blätter halten das ablehnende Votum der Kammer für einen Fehler.

* Bou langer hat seine Ehescheidungsklage zurückgezogen, weil er dieselbe für aussichtslos erkannt hat.

* Brüssel, 15. Dez. Die Kongoregierung hält die Gefangennahme Emin und Stanley's durch den Mahdi für unzweifelhaft.

* Amsterdam. In der Nacht zum Sonntag fanden hier ernste Tumulte statt. 600 Sozialisten überfielen das katholische Vereinshaus, in dem Pfarrer Bromwen einen Vortrag hielt, mißhandelten Zuhörer, zertrümmerten Tische und Bänke und schlugen die Fensterscheiben ein. Die herbeigeeilte Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch. Zahlreiche Personen wurden verwundet. Die Polizei nahm viele Verhaftungen vor.

* London, 14. Dez. „Standard“ meldet: Osman Digma richtete ein Schreiben an den Befehlshaber der englischen Truppen in Suakin, worin mitgeteilt ist, daß die von dem Mahdi gegen Emin Pascha entsandten Truppen endlich einen Erfolg aufzuweisen hätten. Emin Pascha habe sich tapfer verteidigt, seine Truppen aber hätten gemeutert und ihn samt einem weißen

Reisenden, der mutmaßlich Stanley sei, den Mahdisten ausgeliefert. Osman habe seine Angabe mit Beweisen belegt.

* London, 15. Dez. Ein Reuter-Telegramm aus Capetown vom 14. d. Mts. meldet: Nach Nachrichten aus Damaraland fand eine Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskommissar Göring und dem Häuptling Namaherero statt, wobei letzterer die Gültigkeit der Minenkonzeßion der deutschen Gesellschaften bestritt, und die Priorität der dem Engländer Robert Lewis gewährten Konzeßion samt allen bezüglichen Rechten behauptete.

* Sofia, 11. Dezbr. Aus Mazedonien treffen immer eigentümlichere Nachrichten ein. Es wird allgemein behauptet, daß die bulgarischen Agitatoren schon alle Vorbereitungen zu einem allgemeinen Aufstande der Mazedonier getroffen haben. In diesem Herbst hat die bulgarische Mission dortselbst über 20 Volksschulen gegründet. Den Lehrern wurden große Gehalte ausgesetzt, arme Schüler werden reichlich mit Wäsche und Kleider versehen.

Handel und Verkehr.

* Laupheim, 11. Dez. Viehpreise: Kalbinnen gingen ab zu 120–240 M., alte Kühe zu 60–130 M., Jungvieh zu 40–70 M., Saugschweine das Paar zu 20–26 M., Käufer-schweine zu 40–46 M.

(Auch ein Ersindereruhm.) Legthm starb in Nürnberg eine weltberühmte Persönlichkeit, der Privatier Andreas Forster, der Ersinder des — Ochsenmausfalates, als wohlhabender Mann. Forster bereitete vor 30 Jahren als Wirt zum erstenmal dieses Gericht. Heute ist der Nürnberger Ochsenmausalat fast über den ganzen Erdkreis verbreitet.

„Wo ziehen Sie hin?“ fragte ein Klient seinen Anwalt. — „In die lange Gasse!“ — „Zieht mein Prozeß auch mit?“ fuhr der erstere verbrieblisch fort.

Verantwortl. Redakteur: B. Rieker, Altensteig.

Bekanntmachungen.

Altensteig Stadt.

Die Bürgerauswahlwahl

findet mittelst geheimer Abstimmung

am Freitag den 28. Dezember d. J.

von nachmittags 2 bis 5 Uhr

auf dem Rathhaus statt.

Zu wählen sind an Stelle der Herren:

Dürschnabel, Friedrich, Adlerwirt, Obmann,
Adermann, Karl, Schlosser,
Kehle, Friedrich, Möhleswirt,
Mosler, Ernst, Metzger,
Maier, Philipp Sohn, Holzhandler,
Luz, Hermann, Metzger.

welche erst nach Jahresfrist wieder gewählt werden können, auf die Dauer von 2 Jahren 1 Obmann und 5 Mitglieder, neben welchen noch bis 31. Dezbr. 1889 in Thätigkeit bleiben die Herren:

Hensler, Immanuel, Schreiner,
Bauer, Karl, Bäcker,
Pfeifle, Ernst, Blumenwirt,
Grohmann, Christian, Schreiner,
Graf, Jakob, Oekonom.

Wahlberechtiget und wählbar sind mit den hienach bezeichneten Ausnahmen:

- 1) alle männlichen Bürger von Altensteig, welche das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, im hies. Gemeindebezirk wohnen und daselbst Steuern aus einem der Besteuerung der Stadtgemeinde unterworfenen Vermögen oder Einkommen oder wenigstens Wohnsteuer entrichten;
- 2) die außerhalb des hies. Gemeindebezirks wohnenden männlichen Bürger Altensteigs, welche in demselben mit Staatssteuer aus Grundeigentum, Gebäuden oder Gewerben im Mindestbetrage von 25 Mark veranlagt sind;
- 3) diejenigen über 23 Jahre alten Bürger Altensteigs, welchen das Wahl- und Wählbarkeitsrecht in der hiesigen Gemeinde schon vor dem 1. Januar 1886 zustand, auch wenn sie das 25te Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben.

Zeitweise sind von dem Wahlrecht und von der Wählbarkeit diejenigen Bürger ausgeschlossen:

- 1) welche unter Vormundschaft stehen;
- 2) welchen die bürgerlichen Ehren- und Dienstrechte aberkannt worden sind, während der Dauer des Verlustes dieser Rechte;
- 3) gegen welche wegen eines Verbrechens oder Vergehens das Hauptverfahren eröffnet ist, wenn als wahrscheinlich anzunehmen ist, daß die Verurteilung die Entziehung der Wahl- und Wählbarkeitsrechte zur Folge haben werde;

4) über deren Vermögen der Konkurs eröffnet ist, während der Dauer des Verfahrens;

5) welche — den Fall eines vorübergehenden Unglücks ausgenommen — eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im laufenden oder letztvorangegangenen Rechnungsjahre bezogen und diese zur Zeit der Wahl nicht wieder erstattet haben;

6) welche, obwohl sie mindestens 4 Wochen vorher speziell gemahnt wurden, mit Bezahlung der Steuern aus einem der Besteuerung der Gemeinde Altensteig unterworfenen Vermögen oder Einkommen oder wenigstens mit Bezahlung der Wohnsteuer aus einem der zwei Rechnungsjahre pro 1. April 1885/86 und 1886/87 noch ganz oder teilweise im Rückstande sind und auch keine Stundung dafür erhalten haben, bis zur Bereinigung des Rückstands.

Dauernd ausgeschlossen sind von der Wählbarkeit alle zu einer Zuchthausstrafe verurteilten Personen.

Die **Wählerliste** ist vom 20. bis 25. Dezember einschließlich auf dem Rathhaus zur Einsicht aufgelegt.

Einsprachen gegen dieselbe sind bis zum 25. Dezember einschließlich bei dem Gemeinderat vorzubringen. Die Versäumnis dieser Frist zieht für den in die Wählerliste nicht Aufgenommenen den Verlust des Stimmrechts für diese Wahlhandlung nach sich, es wäre denn, daß der Wahlberechtigte aus offenbarem Versehen der Wahlkommission in die Liste nicht aufgenommen worden wäre.

Den 17. Dezember 1888.

Stadtschultheißen-Amt.

Welker.

Altensteig.

Prinzessin-Zwieback-Mehl

von Carl Seilemann, Conditor in Kirchheim u. T.

empfiehlt in $\frac{1}{2}$ -Pfund u. 1-Pfund-Packets à 40 u. 75 $\frac{1}{2}$ das Pfund

Christian Burghard.

Altensteig.

Rochsack, Viehsack

in schönster Qualität

ist frisch eingetroffen bei

C. W. LUTZ.

Neuer Reichenbach.
Stammholz-Verkauf
 am Samstag den 29. Dezbr.
 vormittags 10 Uhr
 im Rathhaus in Reichenbach aus den
 Staatswaldungen: unterer Dammer-
 wald, hinteres Hölleich, Buttertann,
 Brunnenstüb, Krähenhardt, obere
 Muffbachersteig, oberer und unterer
 Kienberg, Hilbertsbrunnen, unterer
 Forkenbühl, unterer Füllenbach, oberer
 und unterer Schloßleswald, Silber-
 grub, Schloßlesberg-Ebene, oberer
 Schloßlesberg, oberes Nauwäldle,
 unteres Bärloch, Sulzwald, sowie
 Weglinieholz aus den Distrikten Al-
 wald und Dobelwald:

84 St. Eichen mit 19 Fm.,
 1 Birke mit 0,11 Fm., 1455
 Stück Nadelholz-Stammholz
 und zwar Langholz mit 582
 Festm. 1. Kl., 626 Fm. 2. Kl.,
 405 Fm. 3. Kl., 320 Fm. 4.
 Kl., 63 Fm. 5. Kl.; Sägholz
 105 Fm. 1. Kl., 27 Fm. 2. Kl.,
 38 Fm. 3. Kl.

Ettmannsweiler.
**Lang- und Klobholz-
 Verkauf**
 und
**Kalksteinbefuhr-
 Afford.**



Am
 Sam-
 tag
 d. 22.
 d. M.,

vormittags 11 Uhr,
 verkauft die Gemeinde auf dem Rat-
 haus aus Abt. II Pflanzgarten
 168 Stück tannenes Lang- und
 Klobholz mit 88,47 Fm.,

und
 nachmittags 1 Uhr
 wird das Aufführen von zirka 400
 Kloblasten Kalksteinen auf die hiesi-
 gen Weinalwege im öffentlichen Ab-
 streich vergeben werden.

Liebhaber sind freundlich einge-
 laden.

Den 15. Dezember 1888.

Gemeinderat.

Schuld- und Bürgscheine
 empfiehlt
 W. Kieker.

Altensteig.
 Hiemit die ergebenste Anzeige, daß wir unser
Hut-Lager
 bestehend in jeder Gattung Filz- und
 Seiden-Hüten nach den modernsten
 Fassonen und Farben
 bestens sortiert haben, und empfehlen daher solches mit dem
 Bemerkten, daß wir von heute an zu Spottpreisen ver-
 kaufen werden.
 Zugleich machen wir die Mitteilung, daß wir
ein gut sortiertes Mühlenslager
 bestehend in den verschiedensten Fassonen
 errichtet haben, und empfehlen solches mit dem Bemerkten,
 daß wir auch hierin zu Spottpreisen verkaufen.
 Jedermann, der in unserem Geschäft einen Versuch
 macht, wird sich von der Billigkeit und der guten Ware
 überzeugen und aufs beste befriedigt sein.
Gebrüder Walz
 Hut- & Mühlengeschäft.

Pfalzgrafenweiler.
SPIELWAREN
 in grösster Auswahl
 empfiehlt zu ganz billigen Preisen
C. F. MEINTEL.

Altensteig.
CHOCOLADE
 in vorzüglicher Qualität
 in verschiedenen Packungen von M. 1.—, M. 2.— pr. Pfd.
 sowie
CACAO
 ganz und gemahlen, offen und in Büchsen & Cartons
 bei
Chr. Burghard.

Als Verlobte empfehlen sich:
Ludwig Maier
 Verwaltungs-Aktuar
Caroline Weikert
 Altensteig. Freudenstadt.
 Weihnachten 1888.

Altensteig.
Wintermäntel
 in Paletots- & Dolman-Façons
 sind in großer Auswahl wieder frisch angekommen bei
Johanna Strobel,
 Modistin.

Pfalzgrafenweiler.
**Ein Messing-
 Bumpwerk**
 sehr leicht gehend, samt
 Teicheln, steinernem Brunnenrog,
 letzterer 2,30 m lang, sowie einen
 Kastenofen mit Kochvorherd
 hat zu verkaufen
C. F. Meintel.

Hochdorf.
 10—12 Scheffel
Futter-Haber
 kann abgeben
Jakob Bauer.

Altensteig.
 Hiemit erlaube ich mir, mein neu und gut eingerichtetes
**Spezerei- & Ellenwaren-
 Lager**
 in empfehlende Erinnerung zu bringen. Neuzerst günstige Ein-
 käufe ermöglichen es mir, bei reeller Bedienung die billigsten
 Preise stellen zu können.
Heinr. Bässler z. Bad.

Altensteig.
Zum Baden
 empfiehlt
 neue Mandeln
 " Citronat
 " Orangeat
 " Feigen
 " Rosinen
 " Zibeben
 sämtl. Gewürze u.
 in nur guter Qualität
Fr. Flaig
 Conditior.

Magold.
**Wollene Strumpf-
 Längen & Strümpfe**
 sind in großem Sortiment neu ein-
 getroffen und empfiehlt solche billigt
Wilh. Kettler.
 Bernegg.
 9 Stück
 schöne halbenagl.
Milchschweine
 verkauft am Thomasciertag,
 den 21. ds., nachmittags 1 Uhr
Müller Gaus.
 Stuttgarter
Fournirhandlung.
 Gde Olga-u. Althandstr. J. Eppinger.
 Hierzu eine Beilage.